Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg., durch die Post 2 Mark 75 Pfg. Einzel. Nummer 10 Pfg.
Auflage 35000 Exemplare.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärtige Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Die Expedition nur an Wochentagen von Morgens 8 Uhr an geöffnet. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 20 Pfg.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Anonyme Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen bleiben nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Auf Wunsch kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer aber nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfg.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Berlin, 29. April. In der heutigen Reichstagssitzung beantragte Abg. Virchow die Gewährung von Diäten und die Einräumung des Rechts, die Gegenwart des Reichskanzlers im Reichstage zu verlangen.

Rom, 28. April. Die Kammer setzte heute die Berathung der Vorlage über die Verlängerung der Finanzgebahrung bis Ende Mai fort. Im Laufe der Debatte erklärte sich Depretis gegen eine Verschiebung der Vertrauensfrage bis zur Berathung des Budgets des Innern, die Vertrauensfrage müsse heute entschieden werden. Cairoli acceptirte darauf Namens des Ministeriums. v. Baccelli beantragte die Tagesordnung, die aber durch Namensabstimmung mit 177 gegen 154 Stimmen, also mit 23 Stimmen gegen das Ministerium, abgelehnt wurde.

Ed. Hirschfeld's
Reitbahn und Tattersall und Pensionsstallungen
2 Struvestrasse 2.
Annahme von Pensionspferden.

Nr. 121. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Wechselnde Bewölk., theilw. aufklär., kühl, Gefahr vor Nachtfrost. **Dresden. Freitag, 30. April.**

Für die Monate Mai und Juni
werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 1 Mark 70 Pfg., sowie für auswärts bei den Postämtern zu 1 Mark 84 Pfg. angenommen.

Politisches.

In den Augen aller wohlmeinenden Patrioten hat der Reichstag durch sein Thun und Lassen in den letzten Tagen an Ansehen nur gewonnen. Die Volksvertretung hat gezeigt, daß sie auch einen Willen haben kann, wenn sie ihn nur haben will. Das Volk hatte sich bereits gewöhnt, Reichstagsabgeordneter sein und Gehorsam üben als sich deckende Begriffe anzusehen. Kein Glied gebrauchten die Jasager häufiger als das Genick, so daß Gummiwaarenfabrikanten bereits daran dachten, dieses Glied von Guttapercha herzustellen. Wenn die letzten Tage darin einen Umschwung herbeigeführt haben sollten, so wird das stark erschütterte Vertrauen des Volkes in die Selbstständigkeit seiner Abgeordneten wieder neuen Halt gewinnen. Ebenso wie dem Staatsoberhaupte Ehrfurcht, zollt jeder Patriot der Volksvertretung gern volle Achtung. Bei letzterer ist die Selbstachtung Vorbedingung und der Reichstag hob und hebt sein Ansehen, wenn er durch seine Abstimmungen seiner Ueberzeugung Ausdruck verleiht, unbekümmert darum, ob solche Beschlüsse an anderen Orten Mißfallen, Aerger, Zorn oder Nervenleiden erregen. In drei Fällen hat der Reichstag seine Ueberzeugung zum freien und muthvollen Ausdruck gebracht: In der Samoa-, in der Tabaksmonopol- und der Quittungsstempelfrage. Fügen wir sofort als vierten Punkt noch hinzu, daß auch das Wehr- oder Krüppelsteuergesetz keine Aussicht hat, zur Annahme zu gelangen. Der Quittungsstempel aber bleibt auch ungeboren. Er begegnet einer Opposition, die sich quer durch den Reichstag zieht und als Flügelmann auf der Rechten den Conservativen v. Wedell und auf der Linken den Demokraten Sonnemann zählt. Die Samoa-Forderung ist ebenso als für immer abgethan zu betrachten. Die Gründungshäuser spüren das ein Wenig in ihren Geldbeuteln, was ihnen nirgends viel Mitleiden erregen wird; mehr zu bedauern sind die Privatzeichner, welche ihre Gelder nach der Südsee schickten, ohne daß Reuleaux und Kufferow, „Nordd. Allgem. Ztg." und Norddeutsche Bank sie künftig dafür mit Kokosnüssen und Schildkrot schadlos halten werden.

Wie der Kanzler selbst über diese Niederlage zu Wasser denkt und fühlt, ziehen wir vor, nicht zu erörtern; freundlicher wird seine Stimmung durch die weitere Niederlage zu Lande bei der Tabaksmonopolfrage kaum geworden sein. Daß dieses selbst durch die nochmalige Verwerfung, zu welcher sich der Reichstag mit der imposanten Mehrheit von 181 gegen 69 Stimmen ermannte, definitiv beseitigt sei, dafür freilich möchten wir nicht die Hand in's Feuer legen. Ein „letztes Ideal" giebt Niemand so leicht auf. Die Bundescommissare bewahrten ein geradezu unheimliches Schweigen. Bei der Samoa-Vorlage beredt, beim Tabaksmonopol schweigsam, auch auf die stärksten Aufforderungen zum Reden. Jedenfalls darf die Tabaksindustrie es dem Reichstage danken, wenn sie für die nächste Zeit an Zuversicht gewinnt. Eugen Richter hat sich dadurch, daß er bei Zeiten Lärm schlug und eine nochmalige Verurtheilung des Monopolplanes herbeiführte, Anspruch auf Anerkennung erworben. Er handelte klug, als er seinen etwas kräftigeren Antrag zu Gunsten der in den Ausdrücken vorsichtiger gefaßten Buhl-Delbrück'schen Resolution zurückzog. Auch war seine Rede so maßvoll und hielt sich von allen persönlichen Invektiven gegen den Fürsten Bismarck so frei, als es das muntere Naturell dieses streitbaren Abgeordneten erlaubt. Er sprach für klare Situation. Man beunruhige den Handel nicht ewig! Wenn es gestorben sein muß, ist rascher Tod besser als qualvolles, langsames Dahinsiechen! Warum aber soll die blühende Tabaks-Industrie Deutschlands dem Tode verfallen sein? Ist denn die Geschichte nur dazu da, daß man Nichts aus ihr lernt? Bevor im Elsaß das Monopol durch Napoleon I. eingeführt wurde, vor 1810, zählte Straßburg und Umgegend 45 Tabaksfabriken mit etwa 10,000 Arbeitern. Letztere wurden durch das Monopol fast alle brodlos und 1870 zählte die kaiserliche Tabakfabrik in Straßburg, eine der bedeutendsten Frankreichs, nur 800 Arbeiter. Vor dem Monopol waren in Elsaß-Lothringen 6903 Hektaren mit Tabak bepflanzt, die jährlich $7\frac{1}{2}$ Millionen Kilogramm Tabak lieferten. Das Monopol schränkte den Tabaksbau dort so ein, daß zuletzt nur 2 Millionen Kilogramm erzeugt wurden. Was Elsaß 1810 unter dem Despoten Napoleon über sich ergehen lassen mußte, dieses Schicksal wolle man unter dem milden Kaiser Wilhelm den Tabaksbauern der Pfalz und den Tabaksfabrikanten und Arbeitern in ganz Deutschland ersparen! Das Monopol würde nur, wie Fritzsche anführte, den Militäranwärtern in den Fabriken bequeme Versorgung bieten. Allerdings sind die Sozialdemokraten für das Monopol, aber nicht unter den jetzigen Verhältnissen.

Völlig einverstanden sind wir auch mit dem Beschlusse des Reichstags bezüglich der Theater-Concessionen. Von einer Theaterfreiheit darf man freilich nicht sprechen, da sich keine Regierung jemals des Aufsichtsrechts über dramatische Darbietungen entäußern kann. Aber daß es mit der Concessionirung neuer Bühnen strenger genommen werde als bisher, ist ein allseitig empfundenes Bedürfniß. Nur ein Theoretiker, wie Eugen Richter, vermag dies zu leugnen. Bei der Theaterfrage führt ihn die Consequenz, die gewiß eine schöne Sache ist, geradezu zum Absurden. Sowohl die deutschen Bühnenschriftsteller, als die Schauspieler selbst haben an ihrem eigenen Leibe es empfunden, wohin das Aufschießen von Winkelbühnen, bezeichnender Weise „Schmieren" genannt, führt. Die Zustände, welche in Berlin vor der sogenannten „Theaterfreiheit" bestanden, will Niemand zurück haben. Die dortige Beschränkung der Theater auf ein bestimmtes Repertoir, das Verbot, daß Privatbühnen weder Opern noch classische Stücke aufführen durften, wirkten geradezu schädlich. Aber daß die Behörde nicht nach der sittlichen Qualifikation, den künstlerischen Leistungen und den Geldmitteln eines Theaterdirectors soll fragen dürfen, wie Eugen Richter verlangte, ist ein ebenso ungesundes Extrem. Das Urtheil über die artistische Qualifikation mag ihre Schwierigkeiten haben, und ob Herr v. Hülsen, der jetzige Chef von fünf preußischen Hofbühnen, vor 30 Jahren, als er als Gardelieutenant Dilettanten-Vorstellungen leidlich inscenirte, damit ein Examen als Bühnenleiter bestanden haben würde, ist zweifelhaft. Aber soll sich nicht die Behörde darum kümmern, ob ein Bühnenleiter auch finanziell solid dasteht? Ruinirt ein Theaterdirector blos sich selbst, so ginge das nur ihn an. Aber wir haben es in Dresden erlebt, daß Directoren Dutzende von Schauspielern und Musikern um das Ihrige brachten, indem sie sie in ihr Unglücksschiff lockten. Die Damen, oft ohne jede oder doch ohne ausreichende Gage, müssen zu allerhand Nebenerwerb greifen und vermehren die Prostitution feinerer Gattung, die Künstler borgen beim Gastwirth und allerlei Handwerkern auf und führen nur Verluste herbei. Hierin liegt der innere Grund, warum die Behörde nach den Geldmitteln eines Theaterdirectors zu fragen berechtigt sein muß. Eine Hebung des Theaters selbst, größerer Gehalt der Stücke, höhere Befriedigung des kunstsinnigen Publikums und bessere schauspielerische Leistungen können sich freilich nicht mit einem Schlage einstellen. Aber wenn man die Zuchtlosigkeit bei den Theatern, die uns die Gewerbefreiheit brachte, dadurch einzudämmen sucht, daß nur solide Theaterdirectoren Concession erhalten, so wird damit wenigstens ein Fundament geschaffen.

Ueber die Ursachen, die zur Wahl eines Sozialdemokraten, des aus Sachsen gebürtigen früheren Schuhmachergesellen, jetzigen Kleinkneipiers Hartmann, in Hamburg führten, ist alle Welt rasch einig. Man braucht nicht lange zu suchen. Die Uneinigkeit der Liberalen war nur ein Grund. Die Sozialdemokraten vermehrten sich nur um 650 Stimmen (von 12,505 auf 13,155), die Ordnungsparteien aber gaben 3350 Stimmen weniger als das letzte Mal ab. Ja, es ist anzunehmen, daß viele kleine Handwerker zur Sozialdemokratie übergingen. Bisher war nämlich der Hamburger Wahlkreis durch einen Zünftler und Schutzzöllner, den Maurermeister Bauer, vertreten; die Freihändler und Liberalen zwangen ihn aber, sein Mandat niederzulegen. Aus Verdruß darüber stimmte der zünftlerische Ortsverein von St. Pauli, meistens Handwerker, gegen die Candidaten der Liberalen und Freihändler. Einer derselben, der Großhändler Riebe, erschien den Hamburgern zu nachgiebig, der Schuldirector Dr. Rée aber war ihnen als Israelit nicht angenehm. Mehr aber als Alles dies wirkte für den Sozialdemokraten der Antrag Preußens, die Vorstadt St. Pauli von Hamburg loszutrennen. Man stelle sich nur vor, welche Störungen es auf einmal in einer Stadt bewirkt, wenn plötzlich eine Zollgrenze quer durch errichtet wird und jeder Passant sich der Zollcontrole unterziehen muß. Kommt hinzu, daß bei diesem Vorhaben so schroff wie nur irgend denkbar vorgegangen, der Hamburger Senat nicht einmal gefragt wird, so kann man sich die Erbitterung des Publikums denken. Ueber die Maßregeln, die der Zollverein zu ergreifen hat, um Hamburg selbst und nicht blos St. Pauli sich einzuverleiben, wird in der nächsten Zeit vielfach zu reden sein. Möge bei dem an sich richtigen Streben, die deutschen Seehäfen für die Industrie des Gesammtvaterlandes besser dienstbar zu machen, als es diesen bisher beliebte, mit Milde und Schonung für die bedrohten Privatinteressen und mit Achtung des Verfassungsrechts verfahren werden!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 29. April. Der Reichstag setzte vor anfangs fast leeren Bänken die Berathung über die Stempelsteuervorlage fort. v. Hölder gegen die Vorlage. Der Ertrag der neuen Steuer könne die Unzuft edewheit nicht heben, welche die neue Vorlage hervorgerufen. Die Regierung betrachte die Vorlage als ein Glied der ganzen in Aussicht genommenen Steuerreform, aber mit der Zustimmung zur neuen Zollgesetzgebung habe man doch noch jenem Steuerreform-Plane nicht zugestimmt. Er wünscht dem Reichstage die Möglichkeit gewahrt, die Einnahmen mit Rücksicht auf den Bedarf des Reiches festzusetzen; die Volksvertretung werde eher neue Steuern bewilligen, wenn sie wisse, daß sie diese Steuern auch wieder herabsetzen kann. v. Benda (nat.-lib.) erklärt sich für die Vorlage mit Ausnahme der Quittungssteuer, verwahrt sich aber Namens seiner Parteigenossen dagegen, als hätten sie sich durch Annahme der Zölle für ein ganzes Steuerprogramm präjudizirt. Ehe man mit weiteren Bewilligungen vorgehe, müsse man erst die Ergebnisse der Zölle abwarten. Für jetzt sei ein Bedürfniß dafür nicht anzuerkennen. Schatzsekretär Scholz: Man hätte die neue Steuerreform nicht unternommen, wenn es sich nur darum gehandelt hätte, das Reich auf eigene Füße zu stellen, vornehmlich habe es sich darum gehandelt, die Einzelstaaten finanziell zu unterstützen. Frhr. v. Mirbach für die Vorlage mit einigen Modifikationen, z. B. wünscht er Herabsetzung des Stempels auf auswärtige Werthpapiere. Er bedauert, daß die Vorlage überhaupt so spät an den Reichstag gelangt ist, so daß zu befürchten stehe, daß dieselbe in dieser Session gar nicht mehr zur Erledigung kommen werde. Er bittet um Mittheilung der gleichen Gesetze fremder Länder zum Zwecke der Vergleichung. Er hält die Besteuerung des mobilen Vermögens wesentlich um deswillen für angezeigt, weil sich dasselbe oft der Einkommensteuer entziehe. Durch die Vorrechte, welche die moderne Gesetzgebung für das mobile Vermögen geschaffen, sei der Sozialismus groß gezogen worden. Gelingt es, durch dieses Gesetz den Auswüchsen der Börse zu steuern, so sei dieser Erfolg werthvoller, als der finanzielle. Er rechne vornehmlich auf die Mithilfe der Linken, weil es sich hier nicht um den „armen Mann", sondern um die Reichsten im Volke handle. Differenzgeschäfte müßten höher besteuert werden, als andere. Rickert nimmt die Börse dem Vorredner gegenüber in Schutz, namentlich auch bezüglich des Vorwurfs, als habe die Börse indirekt Antheil an dem Ausfall der Ersatzwahl in Hamburg. Er sei damit einverstanden, daß die Transactionen des mobilen Vermögens besteuert werden, unter der Bedingung indeß, daß die Transactionen des immobilen Vermögens auch einer kleinen Mehrbesteuerung unterworfen werden. Er will keine Verantwortung für den noch unbekannten Steuerreformplan. Immer mehr neue Steuern und immer mehr Beschränkung der Volksrechte scheinen die Basis des neuen Planes zu sein. Der Staatssekretär Scholz wiederholt, daß es sich vornehmlich nur darum handle, den Einzelstaaten zu helfen. Für Preußen sei ein neuer Besteuerungsplan in Bearbeitung begriffen. Schröder-Friedberg: Man solle sich hüten, durch immer neue Steuern die Liebe des Volkes zu dem noch jungen Reich erkalten zu lassen. Das fetzenweise Hingeben eines sog. Planes beweise, daß derselbe noch unfertig sei und nicht gezeigt werden könne. Wenn die Regierung nicht so viel Fühlung mit der Stimmung des Reichstages hatte, um zu wissen, daß eine Quittungssteuer unannehmbar sein würde, so liege das nicht im Interesse der verbündeten Regierungen. Geh. Oberregierungsrath Körte vertheidigt ausführlich die Vorlage, namentlich auch die Quittungssteuer, welche eine ganz zweckmäßige und gerechte sei. v. Kardorff verficht Rickert gegenüber das System der indirekten Steuern. Alle civilisirten Staaten seien zu derselben übergegangen. England könne ohne dieselben seine Steuerlast gar nicht tragen. Hierauf wird die Vorlage gegen die Stimmen der Fortschrittspartei an eine Commission zur Vorberathung überwiesen. Dann berichtete Mosle über den Gesetzentwurf, welcher ausländischen Schiffen bei 3000 M. Geldstrafe und Beschlagnahme der Schiffe und Güter verbietet, ohne ausdrückliche Berechtigung durch Staatsvertrag oder kaiserliche Verordnung Güter in einem deutschen Seehafen zu laden und nach einem anderen deutschen Seehafen zu befördern, um sie daselbst auszuladen (Küstenfrachtfahrt). Dr. Roggemann und Genossen beantragen: Die Küstenfrachtfahrt ausländischen wie deutschen Schiffen zu gestatten; doch soll durch kaiserliche Verordnung Schiffen der Staaten, die deutschen Schiffen die Küstenfrachtfahrt nicht gestatten, die Küstenfrachtfahrt ganz oder theilweise untersagt werden können. Minister Hofmann erklärt zwar den Antrag Roggemann und die Regierungsvorlage liefen faktisch auf eins hinaus, bittet aber doch um Annahme der letzteren. Dr. Beseler empfiehlt eine vom Grafen Udo v. Stolberg amendirte Fassung, welche sich zwischen der Regierungsvorlage und dem Antrage Roggemann hält und das Prinzip der Gegenseitigkeit hervorhebt. Der Antrag Roggemanns wurde angenommen, ebenso das ganze Gesetz.

Berlin, 29. April. Fürst Bismarck erklärte seinen parlamentarischen Freunden: er werde, falls es seine Gesundheit gestatte, anläßlich der Berathung des österreichischen Handelsvertrags im Reichstage erscheinen, um Angesichts der Vorkommnisse in England sich amtlich über die politische Lage zu äußern.

Paris, 29. April. Trotz der Bekämpfung durch Minister Ferry beschloß die Unterrichts-Commission, daß die Volksschule confessionslos, der Unterricht obligatorisch und unentgeltlich sein solle.

Petersburg, 29. April. Heute verlautet nun wieder, daß der verhaftete Tischler Szewicz, welcher beschuldigt wird, die Mine im kaiserlichen Palaste gelegt zu haben, mit Palastdienern confrontirt wurde, die in ihm den verschwundenen Tischler erkannten. Zwei wichtige Personen sind verhaftet, die Untersuchung ist geheim.

Konstantinopel, 29. April. Der Gouverneur von Skutari zog sich bei zunehmender Gährung des Volkes aus der Stadt zurück und konzentrirte Truppen auf befestigten Punkten.

London, 29. April. Das Parlament wurde ohne Thronrede eröffnet, der Deputirte Brand zum Sprecher (Präsident) des Unterhauses gewählt. Die irische Gruppe der Parnell'schen Homerulers nahm ihre Sitze auf den Bänken der Opposition ein, die übrigen Homeruler bei der Ministerpartei.

London, 29. April. Am 25. haben neue Kämpfe zwischen dem englischen General Roß und den Afghanen stattgefunden. Die Verbindung zwischen Roß und der Hauptstadt Kabul ist abgeschnitten.

Locales und Sächsisches.

— Gestern haben JJ. KK. HH. Prinz und Frau Prinzessin Georg nebst hoher Familie die Villa bei Hosterwitz bezogen.

— Der zum Generaldirektor der Museen des Königreichs Preußen in Berlin ernannte Dr. Schöne ist ein geborener Dresdner und ein Neffe des Conrector Schöne an der Kreuzschule, auf welcher er auch seine Ausbildung erhalten hat.

— Auch das Königreich Sachsen wird beim 50jährigen Stiftungsfest der Forstakademie zu Eisenach vertreten sein, indem nicht blos Lehrer der Forstakademie zu Tharandt, sondern auch Studirende von da sich Anfang Mai d. J. nach Eisenach begeben.

— Durch die Ablehnung der Samoavorlage hat nur ein einziger Dresdner Verluste erlitten, denn es wurde s. Z. nur bei der Dresdner Bank und auch nur eine einzige Samoa-Actie gezeichnet und 15 Proc. darauf eingezahlt. Wir haben bekanntlich sehr heißspornige Nationalliberale, wenn sich's um Fahnenheraushängen und Adressenabschicken handelt, aber wenn's um's Zahlen geht?

— Der Umstand, daß der bisherige Direktor der hiesigen Filiale der Geraer Bank, Herr Schweinitz, nicht mehr als solcher fungirt, hat das Discontiren der Wechsel der Firma G. u. O. Lehmann hier unterbrochen und zur Eröffnung des Concurses dieser Firma geführt. Man besorgt die Wiederholung der gleichen Erscheinung aus ähnlicher Ursache.

— Im Militär-Reiterverein und den höheren Gesellschaftskreisen der Residenz beschäftigt man sich eifrig mit den Vorbereitungen zu dem Frühjahrs-Corso. Die erste dieser Corsofahrten wird im Großen Garten am 1. Mai Nachmittags 3 Uhr stattfinden, der Hof sich an ihr betheiligen und die Kapellen des Gardereiter- und des Schützen-Regiments dabei concertiren. Diese erste Fahrt wird sich zu einer Revue der diesjähr. Frühlingstoilette der Damen gestalten; die Cavaliere aber führen ihre neuen Geschirre und Rosse vor. Bereits jetzt fahren einzelne Cavaliere ihre neuen Gespanne probeweise ein. Droschken wird grundsätzlich die Betheiligung untersagt sein; nur elegante Equipagen erhalten Zutritt. Zur Belebung des Corso würde es dienen, wenn einige der Festordner dafür sorgten, daß die Equipagen von Zeit zu Zeit im Trabe fahren. Die letzten Corsi glichen stellenweise einem Leichenzuge. Aufgestellte Reiter müßten dafür sorgen, daß auf keiner Seite Ueberfüllung stattfindet und die Wagen in kurzem Trabe an einander vorbeifahren. Eine Ausnahme dürften nur die Hofwagen machen. Das Publikum aber unterstütze das Comitee dadurch, daß es nicht stehen bleibt, sondern selbst flankirt und — die Anlagen schont!

— Das mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehrende Vorkommen toller Hunde in Dresden hat unzweifelhaft etwas Auffälliges. Auf allen Gebieten zieht man jetzt die Statistik heran, um durch Zahlenübersichten den wahren Sachver-